

Konferenzen, zuletzt in Bali Ende 2007, verstärkt. Wie mächtig und wie europäisch hinsichtlich ihrer Denke die amerikanische Umweltschutzbewegung ist, zeigt sich in vielen Staaten und einzelnen Städten entlang der Ost- und Westküste der USA, und sicherlich ist es kein Zufall, dass Arnold Schwarzeneggers Kalifornien zu den Vorreitern gehört. Wenn die USA sich hier weiter auf die Europäer zu bewegen – und die Nobelpreisverleihung an den ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore gehört auch in diesen Zusammenhang –, wird zwischen den Amerikanern und den Europäern vieles möglich sein, was bis gestern aufgrund der hartnäckigen Anti-Haltung der Amerikaner in Umweltfragen als unmöglich galt.

Sehr rasch werden im Umkehrschluss dann auch die Defizite der Volksrepublik China bei weltpolitischen Themen von Belang offenkundig werden. Denn Peking profitiert seit den 90er Jahren von den Fehlern der Amerikaner und wird als rücksichtslose Rohstoff-Supermacht, die bedenkenlos mit jedem Diktator kooperiert, um an Engpassprodukte heranzukommen, gar nicht genügend wahrgenommen. Auch auf anderen Gebieten sind die konstruktiven Beiträge der Chinesen zu verantwortungsvoller weltweiter Politik sehr bescheiden. Amerika und Europa verändern sich, müssen sich verändern, und vielleicht bemerken sie bei diesem Prozess, dass sie weiterhin mehr Gemeinsamkeiten haben als mit dem Rest der Welt.

Oliver Thränert

Amerikas Politik gegen die Verbreitung von Atomwaffen

Die Verbreitung von Atomwaffen stellt für Amerika wie auch für Europa gleichermaßen eine große sicherheitspolitische Herausforderung dar. Während sich Präsident Bush unter dem Einfluss der Neo-Konservativen zunächst weit von den europäischen Rüstungskontrollansätzen entfernte, gingen beide Seiten später wieder aufeinander zu. Wird dieser Prozess anhalten, oder wird es wegen des iranischen Atomprogramms wieder zum Streit kommen? Und was wäre vom neuen US-Präsidenten/in zu erwarten?

Ob Bush-Anhänger oder Demokraten, in Amerika werden Atomwaffen in den Händen von immer mehr Staaten oder sogar Terroristen als existenzielle Bedrohung begriffen. Wie sich die USA dieser Herausforderung stellen, wird ein wichtiger Gegenstand transatlantischer Beziehungen der kommenden Jahre bleiben.

Spätestens seit der traumatischen Erfahrung der Terroranschläge des 11. September 2001 treibt Politiker aller Lager die quälende Frage um, ob diese Art des Katastrophen-Terrorismus zum Äußersten getrieben werden könnte, indem sich Al Qaida Atomwaffen verschaffte. Mit höchster

Wahrscheinlichkeit wäre das erste Ziel einer solchen Bombe eine amerikanische Millionenstadt.

Aber auch die Aussicht auf vermehrte staatliche nukleare Weiterverbreitung ge-



Oliver Thränert

(*1959) leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

oliver.thraenert@swp-berlin.org

fährdet Amerikas Interessen. Aus der Sicht Washingtons wäre die Rolle der USA als Ordnungsmacht in einer Welt mit immer mehr Kernwaffenstaaten in Frage gestellt. Dies betrifft besonders eine mögliche iranische Bombe. Im Schatten einer Nuklearbewaffnung könnte das Mullah-Regime seine Unterstützung für Terroroperationen von Hisbollah oder Hamas ohne Angst um die eigene Sicherheit intensivieren. Dies gefährdete nicht nur Israels Existenz, die Teheran nicht bereit ist, anzuerkennen. Auch forderte es die arabischen Staaten der Region heraus, denen nichts an einer Großmacht Iran liegt. Amerika könnte eine mit Nuklearwaffen gedeckte Dominanz Irans im Mittleren Osten nicht dulden. Einmal Israels wegen, zum anderen aber auch, weil dadurch der gesicherte Zugang zu Öl und Gas aus der Region und damit die gesamte Weltwirtschaft gefährdet wäre. Daher hat nicht nur US-Präsident Bush eine iranische Atombombe für

inakzeptabel erklärt. Auch alle Kandidaten für die kommenden Präsidentschaftswahlen vom Republikaner Rudolph Giuliani bis zum liberalen Demokraten Barak Obama teilen grundsätzlich diese Sichtweise.

Rüstungskontrolle in Frage gestellt

Doch wie sollte die weitere Verbreitung von Atomwaffen verhindert werden? In der Beantwortung dieser Frage unterschied sich die Bush-Administration zunächst deutlich sowohl von der Vorgängerregierung Bill Clintons als auch von ihren europäischen Partnern. Unter dem Einfluss neokonservativer Kräfte wurde die Bedeutung kooperativer Ansätze wie der multilateralen Rüstungskontrolle in Frage gestellt. Es sei müßig, so die Hardliner, *mit* den »Schurken« (gemeint waren Länder wie Iran, Irak oder Nordkorea) gemeinsame Dokumente anzustreben. Wich-

tiger sei es, Koalitionen der Willigen *gegen* diese Länder und ihre atomaren Ambitionen zu bilden. In der Konsequenz wurden die Gespräche zur Beendigung des nordkoreanischen Atomwaffenprogramms mehr oder weniger bewusst an die Wand gefahren. Von einer auf kooperative Lösungen abzielenden Politik im Konflikt um das iranische Atomprogramm hielt man in Washington wenig. Notfalls seien Schurkenregime militärisch zu entwaffnen. Der Krieg gegen den Irak 2003 war der deutlichste Ausdruck dieser neokonservativen Politik, die wenig Rücksicht auf internationale Organisationen und die Bedenken befreundeter Regierungen nahm.

Darüber hinaus waren die USA kaum mehr bereit, sich durch internationale Verträge selbst zu binden. Dringend benötigte amerikanische politische Führung in multinationalen Foren wurde zur Mangelware. Anlässlich der Überprüfungskonferenz zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) von 2005 trug die Bush-Administration einen noch von Bill Clinton mitgestalteten Forderungskatalog für die nukleare Abrüstung nicht mehr mit. Die Folge war, dass das Staatentreffen ohne Ergebnis im Streit endete.

Washingtons Realpolitik

Schließlich erweckte die Bush-Administration den Eindruck, gefährlich sei aus ihrer Sicht nicht die nukleare Weiterverbreitung *per se*. Vielmehr käme es darauf an, *wer* sich Atomwaffen verschaffe: Schurken oder befreundete Demokratien. Die geplante Zusammenarbeit der USA mit dem Atomwaffenstaat Indien bei der zivilen Nutzung der Kernenergie wurde von vielen Kritikern in diesem Lichte interpretiert.

Kann man der Nichtverbreitungspolitik der Bush-Administration dennoch positive Seiten abgewinnen? Doch, das ist durchaus möglich. Denn trotz der neokonservativen Dominanz der ersten Bush-

Jahre verfolgte Washington immer auch klassische Realpolitik. Ausdruck dessen war die in einer Geheimdiplomatie in Zusammenarbeit mit Großbritannien erzielte Übereinkunft mit Libyen, das dortige Atomwaffenprogramm im Jahre 2003 zu beenden. Das hätte Henry Kissinger kaum besser machen können.

Nach Bushs Wiederwahl gewannen gemäßigte Kräfte wie Außenministerin Rice an Bedeutung. Ihnen war daran gelegen, die Zusammenarbeit mit Freunden und Alliierten wieder auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. In der Folge engagierten sich die USA trotz, oder gerade wegen der Provokation einer nordkoreanischen Kernexplosion im Oktober 2006 bei den Sechsparteiengesprächen mit Pjöngjang sowie Südkorea, China, Japan und Russland und verhandelten ein Übereinkommen über die allmähliche nukleare Abrüstung Nordkoreas. Was das iranische Atomprogramm anbelangte, gab Washington den EU-3, also Frankreich, Großbritannien und Deutschland, endlich die lang ersehnte volle diplomatische Rückendeckung. Gemeinsam sollte versucht werden, Teheran mittels wirtschaftlicher Anreize, darunter die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie, von seinem auf eine Waffenoption abzielenden Atomkurs abzubringen. In der Folge konnten auch Russland und China mit ins Boot geholt werden. Iran sah sich nun unerwartet einer starken internationalen Koalition gegenüber, der es gelang, mit Sanktionen bewehrte Sicherheitsratsresolutionen, die sich gegen die iranische Atompolitik wandten, einstimmig zu beschließen.

Um den neuen Herausforderungen, die sich durch private Proliferationsakteure wie das Netzwerk des Pakistani A.Q. Khan ergaben, zu begegnen, beschritt die Bush-Administration neue Wege. Nach anfänglichem Zögern fand Washington dabei die Unterstützung vieler Partner. Die neuen Aktivitäten betrafen einmal die vom UN-Sicherheitsrat auf amerikanisches Betrei-

ben hin verabschiedete Resolution 1540. Sie verlangt allen Staaten die Inkraftsetzung gesetzlicher Maßnahmen ab, mit dem Ziel, illegalen Zugang zu Materialien, die sich für die Herstellung atomarer, biologischer oder chemischer Waffen eignen, zu unterbinden. Zum anderen ist die von den USA initiierte *Proliferation Security Initiative* (PSI) zu erwähnen. Hier geht es darum, illegale Transporte zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu verhindern, die zur Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beitragen würden. Vor allem die verbesserte internationale Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Behörden wie Polizei, Zoll und Nachrichtendienste hat bereits einige Früchte getragen.

Schließlich beabsichtigte Bush mit der in Aussicht gestellten Nuklearzusammenarbeit mit Neu Delhi, die Beziehungen mit der für die Lösung vieler internationaler Konflikte immer wichtiger werdenden aufstrebenden demokratischen Großmacht Indien auf eine neue Basis zu stellen. Im Kern geht es hier darum, die alte, durch den NVV geprägte Nuklearordnung mit der sich herausbildenden neuen internationalen Ordnung in Einklang zu bringen.

Perspektiven

Doch was wird die Zukunft bringen? Wird Bush bis zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2009 den kooperativen, realpolitischen Kurs beibehalten? Oder werden im Angesicht einer angeblich nicht zu bremsenden iranischen Nuklearbedrohung wieder die Neo-Konservativen unter Führung von Vizepräsident Cheney die Oberhand gewinnen und gemeinsame Lösungswege zugunsten eines erneut einseitigen militärischen Vorgehens verwerfen?

Nachdem die amerikanischen Nachrichtendienste die vom iranischen Atomprogramm ausgehenden Gefahren heruntergestuft haben, ist eine amerikanische Militäroperation gegen Iran unwahr-

scheinlicher geworden. Bleibt die internationale Koalition bestehend aus den fünf ständigen Sicherheitsratsmitgliedern plus Deutschland mit dem Ziel zusammen, eine iranische Bombe zu verhindern, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit weiter, dass das Problem des iranischen Atomprogramms friedlich gelöst wird. Wesentlich dürfte darüber hinaus die israelische Wahrnehmung sein. Für die überwiegende Mehrheit der israelischen Politiker, darunter auch Shimon Peres, wäre ein Leben unter dem Damoklesschwert einer iranischen Bombe unannehmbar. Daher würden sie zur Not auch militärisch dagegen vorgehen wollen. Die militärischen Mittel Israels sind jedoch begrenzt.

Und der neue amerikanische Präsident oder die Präsidentin? Bei der allgemeinen nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle hat der Demokrat Obama umfassende Initiativen versprochen. Auch die derzeitige Topfavoritin auf das Weiße Haus, Hillary Clinton, möchte das amerikanische Atomwaffenarsenal drastisch reduzieren und darüber ein überprüfbares Abkommen mit Russland abschließen. Dies würde sich auch positiv auf den NVV auswirken. Ein republikanischer Präsident dürfte bei der nuklearen Abrüstung deutlich zurückhaltender sein. In jedem Fall bleibt für Amerika aber – anders als dies häufig in Europa gesehen wird – Rüstungskontrolle ein Instrument unter vielen, das nicht unbedingt im Mittelpunkt steht.

Hinsichtlich Pjöngjangs Atomwaffenprogramm wird Amerika versuchen, unter Nutzung der Sechsergespräche das Problem zumindest einzugrenzen. Ein umfassender Politikwechsel wäre von keinem neuen Präsidenten zu erwarten.

Soll der ernsthafte Versuch unternommen werden, mit Teheran direkte Gespräche wegen seines Atomprogramms aufzunehmen? Oder bleibt letztlich doch nur ein Militärschlag, um den Mullahs die Option auf die Bombe zu verwehren? Diese Fragen werden schon in den kommenden Mona-

ten des Präsidentschaftswahlkampfes eine wichtige Rolle spielen. Der bei den Republikanern führende Kandidat und frühere Bürgermeister von New York Rudolph Giuliani, der sich vom Urvater der Neokonservativen, Norman Podhoretz, sicherheitspolitisch beraten lässt, hat sehr deutlich seine Bereitschaft erklärt, Irans Atomprogramm notfalls militärisch zu stoppen. Ähnlich, wenn auch etwas zurückhaltender, hat sich Mitt Romney positioniert. John McCain ist der Ansicht, ein mit Kernwaffen ausgerüsteter Iran sei gefährlicher als ein Krieg gegen dieses Land. Der Demokrat Barak Obama hingegen möchte auf höchster Ebene mit dem Iran sprechen. Hillary Clinton will zumindest die Möglichkeiten eines direkten Dialogs mit dem

Iran ausloten. Doch gerade demokratische Präsidenten wollen nicht schwach erscheinen. Sie müssen zudem mehr noch als die Republikaner die jüdische Wählerschaft berücksichtigen. Hillary Clinton jedenfalls benutzt dieselben Formulierungen wie Präsident Bush, wenn sie meint, alle Optionen müssten auf dem Tisch bleiben.

Die Sicherheitsstrategie der EU stellt fest, dass die Verbreitung von Atomwaffen auch für Europa eine der größten Bedrohungen ist. Um ihr wirksam zu begegnen, ist die Zusammenarbeit mit den USA erforderlich. Das wird auch in der Zukunft nicht unbedingt einfacher werden, unabhängig davon, wer ins Weiße Haus einziehen wird.

Hans-Peter Riese

Systemversagen

Versuch einer vorläufigen Bilanz der Ära George W. Bush

Das negative Image des amerikanischen Präsidenten in Europa scheint unveränderbar. Der Irak-Krieg wird die Bewertung seiner Amtszeit dominieren. Doch war Bush nicht von Anfang an der »Kriegstreiber«, als der er hier gerne gesehen wird. Auch ein enormer Erwartungsdruck in der Bevölkerung und eine breite Unterstützung im Senat und in den Medien unterdrückten nach den Anschlägen vom 11. September 2001 jegliche öffentliche Debatte über Krieg oder Frieden. Welchen Platz in der Geschichte wird George W. Bush also einnehmen?

Wer den amerikanischen Vorwahlkampf aufmerksam beobachtet, der macht eine zumindest für Europäer irritierende Erfahrung. Im letzten Jahr der zweiten Amtszeit von Präsident Bush gibt es große Stimmungsschwankungen. Vor wenigen Monaten war der US-Präsident in Umfragen auf einen weit unter fünfzig Prozent gesunkenen Tiefpunkt gerutscht, im Herbst 2007 stabilisierten sich die Werte wieder. Zwar erreichen sie bei Weitem nicht wieder die früheren Höchstwerte, aber sie veranlassen die *presidential hopefuls* doch in

ihrer Kritik am Präsidenten, und vor allem am Irak-Krieg, vorsichtiger zu sein.

Tatsächlich hat sich die Sicherheitslage



Hans-Peter Riese

war u.a. Korrespondent in Prag und Washington sowie Hörfunk-Chefredakteur beim Hessischen Rundfunk.